

Kleine Anfrage

des Abg. Florian Wahl SPD

und

Antwort

des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration

Was passierte mit 600 000 Litern Desinfektionsmitteln?

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie wurden die 600 000 Liter Desinfektionsmittel, die sie zu Beginn der Coronapandemie für knapp 6,3 Millionen Euro gekauft hat und die ohne die notwendigen deutschsprachigen Etiketten geliefert wurden, inzwischen verwendet und welche weiteren Kosten entstanden dadurch für das Land?
2. Welche konkreten Mängelrügen wurden wem gegenüber erhoben und welche Reaktionen gab es dazu?
3. Von wem an wen wurden, wie damals von Minister Lucha angekündigt, Schadensersatzforderungen erhoben und welche Reaktionen gab es dazu?
4. Wie ist ggf. der Stand eines anhängigen Rechtsstreits und welche Aussichten gibt es auf einen für das Land positiven Verlauf?
5. Warum wurden ggf. keine Forderungen hinsichtlich Mängelrüge oder Schadenersatz erhoben oder ggf. keine klageweise Durchsetzung der Forderungen?

2.12.2021

Wahl SPD

Begründung

Zu Beginn der Coronakrise kaufte die Landesregierung etwa 600 000 Liter Desinfektionsmittel zu einem nicht ganz günstigen, aber in der damaligen Lage nicht unüblichen Preis. Nach der Lieferung wurde festgestellt, dass das Desinfektionsmittel zwar wirksam, aber nicht richtig etikettiert war, um es an Dritte abzugeben, die in dieser Phase dringend nach Desinfektionsmitteln suchten. Minister Lucha kündigte damals an, das Land werde vom chinesischen Handelspartner und der Prüffirma, die für die Qualitätskontrolle vor der Ausfuhr zuständig war, Schadenersatz fordern. Mit der Kleinen Anfrage wird der Landesregierung Gelegenheit gegeben, ihren Erfolg dazu auch dem Landtag zugänglich zu machen.

Eingegangen: 2.12.2021 / Ausgegeben: 13.1.2022

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Antwort

Mit Schreiben vom 7. Januar 2022 Nr. 17-1443.1 beantwortet das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Wie wurden die 600 000 Liter Desinfektionsmittel, die sie zu Beginn der Coronapandemie für knapp 6,3 Millionen Euro gekauft hat und die ohne die notwendigen deutschsprachigen Etiketten geliefert wurden, inzwischen verwendet und welche weiteren Kosten entstanden dadurch für das Land?*

Das Land Baden-Württemberg hat nach der Umetikettierung zur Bekämpfung der Coronapandemie das Desinfektionsmittel an Schulen, Ressorts, Impfzentren und Kommunen bis zum 18. März 2021 vollständig verteilt. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration hatte die Kommunen gebeten, dass das Desinfektionsmittel insbesondere an soziale Einrichtungen (bspw. für Familien, Kinder, Jugendliche, Wohnungslose, hilfsbedürftige und ältere Menschen) weitergegeben wird.

Dem Land Baden-Württemberg entstanden hierdurch Mehrkosten in Höhe von rund 337 000 Euro.

- 2. Welche konkreten Mängelrügen wurden wem gegenüber erhoben und welche Reaktionen gab es dazu?*
- 3. Von wem an wen wurden, wie damals von Minister Lucha angekündigt, Schadensersatzforderungen erhoben und welche Reaktionen gab es dazu?*
- 4. Wie ist ggf. der Stand eines anhängigen Rechtsstreits und welche Aussichten gibt es auf einen für das Land positiven Verlauf?*
- 5. Warum wurden ggf. keine Forderungen hinsichtlich Mängelrüge oder Schadensersatz erhoben oder ggf. keine klageweise Durchsetzung der Forderungen?*

Die Fragen 2 bis 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Gegenüber dem chinesischen Lieferanten hat das Land Baden-Württemberg eine Mängelrüge erhoben. Die Gesellschaft wurde jedoch im Nachgang zur Mängelrüge liquidiert. Von der Verfolgung von Schadensersatzansprüchen gegenüber der Gesellschaft in China wurde daher wegen Aussichtslosigkeit abgesehen. Das Land Baden-Württemberg wird deshalb versuchen, sich bei der Gesellschaft, die mit der Qualitätskontrolle vor Ausfuhr betraut war, schadlos zu halten. Derzeit ist kein Rechtsstreit anhängig, da eine außergerichtliche Einigung angestrebt wird.

Lucha

Minister für Soziales,
Gesundheit und Integration